

Pressemitteilung des Migrantinnen- und Migrantenbeirats (MiB) der Stadt Bamberg

Bamberg, 25. Februar 2025

„Keine zwei Klassen von Menschen“ – Scharfe Kritik an BuB-Forderungen zum Ankerzentrum Bamberg

Der Migrantinnen- und Migrantenbeirat (MiB) der Stadt Bamberg äußert sein tiefes Bedauern und seine Besorgnis über die jüngsten Vorschläge der Stadtratsfraktion „Bambergers unabhängige Bürger“ (BuB) bezüglich des Ankerzentrums (AEO) in Bamberg.

Die geforderten Maßnahmen – darunter Ausgangssperren für Bewohnerinnen, Zutrittsverbote zu öffentlichen Einrichtungen, verstärkte Videoüberwachung und regelmäßige Razzien – kriminalisieren Geflüchtete und sind diskriminierend. Solche Vorschläge tragen nicht zu einer konstruktiven Lösung bei, sondern verschärfen gesellschaftliche Spannungen und widersprechen demokratischen Grundwerten.

Dr. Marco Depietri, Co-Vorsitzender des MiB: „Wie kann es sein, dass Menschen in Deutschland nach ihrem Aufenthaltsstatus unterschiedlich behandelt werden sollen? Wer über Ausgangssperren für Geflüchtete spricht, stellt die Menschenwürde infrage. Wir lehnen diese Maßnahmen entschieden ab.“

Diskriminierende Maßnahmen fördern Ausgrenzung

Geflüchtete Menschen brauchen Schutz. Sie haben nichts verbrochen, als vor Krieg, Gewalt und Katastrophen zu flüchten. Das problematische Konzept einer Massenunterbringung wie im Ankerzentrum bedeutet für die Bewohnerinnen und Anwohnerinnen enormen Stress. Die Einführung von Ausgangssperren und Zutrittsverboten für bestimmte Personengruppen verschärft die Situation und widerspricht den Grundsätzen einer demokratischen und integrativen Gesellschaft, die den Schutz der Menschenwürde im Grundgesetz verankert hat.

Mitra Sharifi, Co-Vorsitzende des MiB: „Diese Vorschläge sind nicht nur inhuman, sondern gefährlich. Sie spalten unsere Stadtgesellschaft, statt nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Geflüchtete sind nicht das Problem – Hetze gegen sie ist es.“

Solche Maßnahmen sind nicht nur rechtlich fragwürdig, sondern verstärken gesellschaftliche Spannungen, indem sie rassistische Stereotype bedienen.

Forderung nach konstruktivem Dialog

Der MiB fordert die Verantwortlichen auf, von repressiven Maßnahmen abzusehen und stattdessen an echten, nachhaltigen Lösungen für alle zu arbeiten. Anstelle der Kriminalisierung und Diskriminierung von Geflüchteten brauchen wir Konzepte, die auf Integration, Sicherheit für alle und sozialen Zusammenhalt setzen.

Nuray Fidangül Bünül, stellvertretende Vorsitzende des MiB: „Es ist unfassbar, dass in einer Stadt wie Bamberg, die sich für eine weltoffene Gesellschaft einsetzt, Vorschläge gemacht werden, die an vergangene Zeiten erinnern. Wir sagen klar: Keine Sondergesetze für Geflüchtete!“

Nur durch gemeinsame Anstrengungen und gegenseitigen Respekt können tragfähige Lösungen gefunden werden, die sowohl den Bedürfnissen der Geflüchteten als auch der lokalen Bevölkerung gerecht werden.

Für eine humane und gerechte Asylpolitik

Wir appellieren an alle politischen Parteien, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und eine Asylpolitik zu verfolgen, die auf Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Integration basiert. Der MiB steht bereit, diesen Prozess aktiv zu unterstützen und gemeinsam an einer positiven Entwicklung für unsere Stadt zu arbeiten.

Kontakt:

Migrantinnen- und Migrantenbeirat der Stadt Bamberg

Dr. Marco Depietri: 0160 8469348

Mitra Sharifi: 0171 4175862

Nuray Fidangül Bünül: 0157 82744165